



Begründet

anno 1760

Thorner Zeitung

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährlich bei Abholung von der Geschäfts-
oder den Ausgabestellen in Thorn, Mader und Podgorz 1,80 Mk., durch Boten
frei ins Haus gebracht 2,25 Mk. bei allen Postanst. 2 Mk., durch Briefträger 2,42 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstraße 11.

Telegr. Adr.: Thorner Zeitung. — Fernsprecher Nr. 16.

Berantwortlicher Schriftleiter: Dr. Obermann in Thorn.

Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostdeutschen Zeitung G. o. & H. Thor.

Anzeigenpreis: Die sechsgeplastene Petitzelle oder deren Raum 15 Pf.
Nehmen die Petitzelle 30 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erschienende Nummer bis spätestens 1 Uhr nachmittags in der Geschäftsstelle.

Nr. III.

Dienstag, 14. Mai

Zweites Blatt.

1907.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Thorn, 13. Mai.

Am Sonnabend nachmittag traten die Stadtverordneten zu einer Sitzung zusammen. Unwesentlich waren vom Magistrat: Oberbürgermeister Dr. Kersten, Bürgermeister Stachowitz, Syndikus Kelch, Stadtbaurat Bauer und Stadtrat Falkenberg, vom Stadtverordnetenkollegium: 31 Mitglieder. Kurz nach 3 Uhr eröffnete Stadtverordneten-Vorsieher Prof. Boethke die Sitzung. — Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung der Entwurf neuer

Satzungen für die städtische Sparkasse. Ueber die Vorlage, die bereits auf der Tagesordnung der vorigen Sitzung stand, wegen der vorgeschrittenen Zeit aber zurückgestellt worden war, referierte

Stv. Hellmoldt: Die Satzungen für die städtische Sparkasse haben notwendigerweise eine Änderung erfahren müssen, nachdem geschlossen worden war, daß die Verzinsung eine andere sein solle als bisher. Früher kamen bei der Verzinsung nur volle Monate in Betracht. Jetzt erfolgt die Verzinsung an dem der Einlage folgenden bis zu dem der Auszahlung vorangegangenen Tage. Eine weitere Änderung ist vorgenommen worden auf die Anregung des Verbandsrevisors hin, der geltend gemacht hatte, daß die bisherige Art und Weise der Vergabe von hypothekarischen Darlehen, nämlich in öffentlicher Versammlung, viele Darlehnsucher veranlassen, mit ihrem Antrage nicht hervorzutreten. Es empfiehlt sich daher wie bei anderen Sparkassen, hypothekarische Darlehen in einer kleineren Körperschaft, dem Sparkassenkuratorium, unter Zustimmung des Magistrats zu vergeben. Daraufhin ist auch im neuen Statut diese Änderung getroffen. Weiter sind in dem Statut eine Anzahl Fremdwörter ausgemerzt. — Referent ging dann kurz die einzelnen Paragraphen des Statuts durch, wobei er bemerkte, daß einige Paragraphen, wie § 1 und § 2 unverändert geblieben seien. § 3 handelt davon, daß Zweigstellen der städtischen Sparkasse in der Stadt Thorn, wie im Landkreise Thorn errichtet werden können. In dem alten Statut lautete der in Frage kommende Passus „im Kreise Thorn“. § 4 erhält eine ganz neue Fassung: Die Sparkasse nimmt Einlagen von 1 Mk. aufwärts an. Einlagen von über 3000 Mk. anzunehmen, liegt im Ermessen des Vorstandes . . . Hierfür kann auch ein anderer Zinssatz eintreten. Eine weitere Bestimmung bezieht sich auf die Kündigung. § 5 behandelt die Verzinsung selbst. Man hat den Zinssatz von 3 Prozent unverändert gelassen. Jede Veränderung des Zinsfußes muß 14 Tage vorher amtlich bekannt gegeben werden. § 6 nimmt auf die oben bereits erwähnte Berechnung der Verzinsung Bezug. § 8 erhält eine neue Fassung. Er behandelt die Rückzahlung der Einlagen. Einlagen bis 100 Mk. werden z. B. sofort zurückgezahlt, bis 200 Mk. nach 14tägiger Kündigung, über 500 Mk. nach dreimonatlicher. Der Sparkasse steht das Recht zu, bei der gleichen Kündigungsfrist die Einlagen zurückzuzahlen.

Auf eine Anfrage des Stv. Bock erklärte Bürgermeister Stachowitz, daß die Kasse in dringenden Fällen, soweit es der Kassenbestand erlaubt, auch größere Summen sofort zurückzahle und dem Publikum nach jeder Richtung hin entgegenzukommen bestrebt sei.

Der Referent fuhr dann weiter in seinen Erläuterungen fort. § 9 betrifft das Vorlegen der Sparkassenbücher: Wird ein Sparkassenbuch während 30 Jahren nicht vorgelegt, dann hört die Verzinsung auf. Nach einem Zeitraum von 50 Jahren versäßt, falls sich der Besitzer nicht meldet, der Betrag nach öffentlicher Bekanntmachung der Stadtgemeinde Thorn für wohltätige Zwecke. — Hierzu bemerkte

Bürgermeister Stachowitz, daß die erste Bestimmung, das Aufhören einer Verzinsung nach 30 Jahren, den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, während das Verfallen eines Sparkassenbuches nach 50 Jahren, wenn sich der Besitzer nicht meldet, auf Grund neuerer

ministerieller Entscheidungen in das Statut aufgenommen sei.

§ 10 des neuen Statuts behandelt die Ausleihung von Kapitalien auf Wechsel mit mindestens zwei sicheren Unterschriften, ferner Ausleihung von Kapitalien auf Schuldschein bei zweiwöchentlicher Kündigung und regelmäßigen Abzahlungen.

Bürgermeister Stachowitz gab zu diesem Paragraphen Erläuterungen: Bisher wurden Darlehen gegen Dreimonatswechsel gegeben. Jetzt können Wechsel auch mit sechsmonatlicher Frist ausgestellt werden. Früher wurden die Wechsel gewöhnlich nach 3 Monaten bei einer Abzahlung von 10 Prozent auf 3 weitere Monate proragliert, jetzt wolle man aber die Wechsel schon auf 6 Monate ausstellen, um Stempelausgaben zu ersparen. Die größte getroffene Neuerung bezieht sich aber auf die Gewährung von Darlehen gegen Schuldscheine. Man habe geglaubt, diese neue Einführung werde sich angesichts der strengen Wechselseitigkeit bewähren, ohne daß sich hierbei Nachteile für die Sparkasse ergeben können. Die Schuldscheine sind von vornherein auf Abzahlung eingerichtet. Dies bedeutet eine ganz wesentliche Erelichterung für den Personalkredit. Schuldscheindarlehen werden nur an Einwohner der Stadt Thorn vergeben, wobei man von dem Prinzip ausgeht, daß die Sparkassenvorstände die Darlehnsucher genau kennen und die ausschlaggebenden Verhältnisse beurteilen können. Bei den Schuldscheinen ist von der neuen Bestimmung über Bürgen ganz abgesehen worden, wobei man aber ein Faustpfand oder andere Sachen als Sicherheit annimmt. Daß die Sparkassenvorstände an derartige Darlehen mit Vorsicht herantreten, ergibt sich von selbst. Alle Schuldscheine sind auf 14tägige Kündigung berechnet. Was die Einklagung der Darlehen auf Schuldscheine anbelangt, so ist dieselbe wie bei den Wechseln. Eine Schädigung und Gefahr für die Sparkassen tritt nicht ein. Der Personalkredit wird mehr in Anspruch genommen.

Eine weitere Bestimmung des § 10 bezieht sich auf hypothekarische Darlehen. Diese bedürfen von nun an der Genehmigung des Magistrats, früher der städtischen Behörden — Magistrat und Stadtverordnetenversammlung. —

Auf eine Anfrage des Stv. Bock bemerkte Bürgermeister Stachowitz, daß das Sparkassenkuratorium aus Mitgliedern des Magistrats: Er — Stachowitz — sei Vorsitzender, Stadtrat Glückmann stellvertretender Vorsitzender — und 3 Stadtverordneten, den Herren Asch, Hellmold und Wolff, bestehé.

Stv. Bock hielt diese Anzahl für zu klein. Die Verantwortung des Sparkassenkuratoriums sei groß. Es würde sich empfehlen, die Mitgliederzahl des Kuratoriums zu erweitern.

Bürgermeister Stachowitz entgegnete, daß zu den Beschlüssen des Kuratoriums die Zustimmung des Magistrats erforderlich sei, der 16 Mitglieder zähle. Hier sei eine ausgiebige Beurteilung der Darlehngesuche doch möglich. Zudem habe man bei hypothekarischen Darlehen feste Unterlagen. Es werde da nur der 10- bis 12½fache Nutzungswert als Darlehn bewilligt. Bei einer größeren Mitgliederzahl des Kuratoriums müßte dessen Bewegungsfreiheit leiden. Eine genügende Sicherheit sei stets gegeben.

Stv. Wolff schloß sich den Ausführungen des Vorredners an und fügte hinzu, daß die neue Fassung des § 10 im Interesse der Darlehnsucher erfolgt sei.

Aus den weiteren Ausführungen des Referenten ist erwähnenswert, daß § 14 des neuen Statuts die Führung der Kassengeschäfte behandelt. Diese wird von städtischen Beamten besorgt, die eine Haftsumme zu hinterlegen haben, deren Höhe vom Magistrat festgesetzt wird. Nach § 18 wird die Ausstellung von Quittungen beibehalten. Hierzu bemerkte

Bürgermeister Stachowitz, daß die größten Sparkassen die Quittungen bei Aushändigung von Einlagen fallen lassen haben, weil diese Quittungen keinen besonderen Wert hätten. In Thorn habe man aber vorläufig nicht die Absicht, die Quittungen fallen zu lassen.

Stv. Dreyer regte an, wenn man nun einmal schon daran gehe, die Fremdwörter aus

dem Statut aus zu merzen, auch statt „Quittung“ „Empfangsbefreiung“ zu setzen.

Stv. Trommer entgegnete, man müsse die Verdeutschung mit Maß betreiben; im übrigen sei „Quittung“ ein gutes deutsches Wort, das auch im Gesetzbuch enthalten sei.

§ 20 sieht beim Verlorengehen von Sparbüchern vor, daß hierüber besondere Register zu führen seien.

Stv. Mallon bemängelte den jetzigen Sparkassenraum; der Raum für die Beamten wäre ein äußerst beengter.

Bürgermeister Stachowitz entgegnete, daß die Wand zwischen der Steuer- und Sparkasse nicht weiter geführt werden könne; im übrigen beziehe sich jetzt die Hauptfrage nicht auf den Raum, der zwar gegen früher etwas enger geworden sei, der Platz sei aber so verteilt, daß er ausreiche, auch für das Publikum. An manchen Tagen sei zwar der Raum gefüllt, das Publikum könne sich aber einrichten; der Aufenthalt auf dem Korridor sei nicht so schlimm. Wenn man die Sparkasse erweitern werde, dann sei es Zeit, an die Frage heranzutreten. Warum solle man sich schon jetzt mit einer Sache den Kopf zerbrechen, die erst in etwa 10 Jahren spruchreif sein werde.

Stv. Mallon bemerkte, der Sparsamer solle dem Steuerbeamten nicht sichtbar sein. Steuer- und Sparkassenräume müssen vollständig getrennt sein. Jetzt herrschen Uebelstände; es fehle tatsächlich an Raum.

Oberbürgermeister Dr. Kersten: Was geschehen sollte, dem ist Rechnung getragen. Die Beamten müssen mit einander in Verkehr stehen. Das Publikum ist vom Steuerkassenraum getrennt. In anderen Städten herrschen nicht so gute Verhältnisse, wie bei uns. In Berlin und Charlottenburg werden beispielsweise die Leute in die Sparkassenräume nach Marken vorgelassen; sie müssen oft recht lange auf den Straßen stehen. Hier in Thorn ist augenblicklich noch für längere Zeit Raum genug; wir können mit den gegenwärtigen Verhältnissen wohl zufrieden sein. Um übrigen soll ja das Ganze nur ein Provisorium sein. Falls sich die Räume als unzulänglich erweisen, dann werden die Zimmer des Kämmerers und Vollziehungsbeamten zur Sparkasse hinzugenommen und der Dezerent in einem anderen Raum untergebracht. Wenn später Gebäude für das Archiv und Museum zur Verfügung stehen werden, dann wäre genügend Raum geschaffen.

Die weiteren Paragraphen bleiben nach dem Bericht des Referenten unverändert. Im § 26 wird statt „Decharge“ „Entlastung“ gesetzt. (Eine Anregung des Stv. Wendel, für das Wort „Revision“ „Prüfung“ zu setzen, wurde nicht stattgegeben.) § 30 regelt die Bureauarbeiten in der Sparkasse: von 8 bis 1 und 3 bis 5 Uhr. § 33 ist neu eingefügt und behandelt die Heimsparkbücher, wozu

Bürgermeister Stachowitz einige Erklärungen abgab: Die Heimsparkbücher haben sich in Amerika, Österreich und Dänemark gut bewährt. Der Sparsamer erhält die kleine Sparkasse, während den Schlüssel der Beamte der Sparkasse behält, so daß der Sparsamer gar nicht in der Lage ist, die Sparkasse öffnen zu können. Wenn auf der Sparkasse von einem Beamten diese sogenannte Heimsparkasse geöffnet ist, wird die darin enthaltene Summe auf das Sparkassenkonto des betreffenden Sparers eingetragen. In Amerika sind nach diesem System viele Millionen gespart worden. Man habe auch in Thorn die Einführung vorgesehen. Das Verfahren sei sehr einfach. Der Preis für eine Heimsparkasse stelle sich auf 2 Mark, dieser Betrag, der vom Sparsamer selbst getragen werden müsse, werde verzinst. Hoffentlich werde man damit in Thorn gute Erfolge erzielen. Im übrigen handele es sich ja auch nur um einen Versuch.

Der legte § 35 regelt die Bekanntmachung in den amtlichen Anzeigblättern des Magistrats. Die Vorlage wird genehmigt.

Über

Feuerwehrangelegenheiten

referiert Stv. Jährl. Zunächst handelte es sich um Erhöhung der Gebühren für die Feuerwehr und zwar soll fortan der Brandmeister 4,50 Mk. erhalten, der Feuerwehrmann 2 Mk.; das bedeutet eine Erhöhung gegen die bisherigen Sätze von 50 Pf. Zu-

dem erhöht sich der Satz beim Feuerwehrmann auf 2,25 Mk., wenn er Feuerwache beim Theater hat. Nach Abzug von fortfallenden Ausgaben für Löscharbeiten rechnet man hierbei mit einer jährlichen Mehrausgabe von etwa 500 Mark.

Stadtbaudirektor Bauer bemerkte hierzu, daß die Vorlage im Zusammenhang mit der nächsten Versammlung der städtischen und freiwilligen Feuerwehr stehe. Künftig erfolge die Feuerlöschhilfe unentgeltlich, nur die größere Arbeit werde bezahlt, und zwar, wie früher, extra, ebenso die Nachtwachen. Die Gebühren für Nachtwachen seien seit 1896 nicht erhöht. Die Forderung auf Erhöhung dieser Gebühren sei gerechtfertigt, weil die Löhne durchweg verändert sind. Durch Erhöhung der Wachgelder erwachse eine Mehrausgabe von 970 Mk. Durch den Fortfall der Ausgaben für Feuerlöschhilfe ermäßige sich dieser Betrag auf etwa 500 Mk. In Be tracht kommen bei der Erhöhung 24 Mann.

Stv. Bock fragt an, was angesichts der Versammlung der beiden Wehren die Zukunft bringen werde. Unsere Feuerwehr sei in den Grundmauern erschüttert worden. Er frage, was geschehen werde. Man erzähle sich, daß die Stelle eines Brandinspektors ausgeschrieben und eine fachmännische Kraft von auswärts herangezogen werden solle. Liege dieses vor, so sei seines Erachtens, die Vorlage verfrüht. Wenn ein Fachmann gegen festes Gehalt angestellt werde, so werde dieser Herr die Feuerwehr nach seinem Stil reformieren. Aus diesem Grunde sei die Vorlage verfrüht. Wenn dieses aber nicht vorliege, sei ebenfalls kein Grund vorhanden, Änderungen vorzunehmen. Bis jetzt habe man tatsächlich recht billig gewirtschaftet und trotz der billigen Wirtschaft gute Resultate erzielt. Die freiwillige Feuerwehr habe allerdings für unsere Verhältnisse etwas nachgelassen, dagegen habe aber die städtische Feuerwehr allen Anforderungen entsprochen, ihre Aufgabe voll und ganz erfüllt. Er bitte um Aufklärung, was für die Zukunft in Aussicht genommen sei.

Oberbürgermeister Dr. Kersten: Daß unsere Feuerwehr in ihren Grundpfeilern erschüttert sei, wie sich der Herr Stadtverordnete Bock ausdrückte, davon ist mir nichts bekannt. Auf die Frage, ob große Umwälzungen in Aussicht genommen seien, kann ich nur bemerken, daß alles ziemlich beim Alten bleibt. Durch die Versammlung sollen sich die beiden Wehren nur näher gebracht werden. Es wird dadurch etwas mehr Festes, etwas mehr Einheitliches geschaffen. An dem Geiste soll nichts geändert werden. Ich will darauf hinweisen, daß der Geist der Feuerwehren früher ein guter gewesen ist und es auch heute noch ist. Die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr tun auch noch heute ihre Pflicht, die sie es früher getan haben. Sie sind jetzt mit demselben Eifer am Platze, wie früher. Die geplante Befestigung des Postens eines Feuerwehrinspektors trifft zu. Nachdem Herr Leipold aus Gesundheitsrücksichten seine Stellung gekündigt hat, haben wir uns umgesehen, wem wir die Stelle übertragen könnten, und sind zu dem Resultat gekommen, daß sich diese Stelle nebenamtlich auf die Dauer nicht halten läßt, mit Rücksicht auf das Wachstum unserer Stadt und ihre räumliche Ausdehnung, namentlich auch bei Bränden in Mockau, und daß es aus diesen Gründen zweckmäßig wäre, für den Posten eines Brandinspektors eine Persönlichkeit zu finden, die in der Hauptstadt ihre Kräfte dieser Stellung widmet. Mit der Prüfung dieser Frage sind wir noch nicht zu einem Abschluß gekommen. Sobald der Magistrat in der Lage sein wird, einen Beschluß zu fassen, wird Ihnen eine diesbezügliche Vorlage zugehen. Indessen hat der Herr Baurat beschlossen, in der organisatorischen Tätigkeit schon jetzt vorzugehen, zumal Ende Mai und Anfang Juni hier ein Feuerwehrfest sämtlicher Wehren Westpreußens stattfindet und er den Fremden eine geeinte und gefestigte Thorner Wehr vorführen möchte, um vor dem kritischen Blick anderer Wehren bestehen zu können. Durch die Vereinigung der beiden Wehren vergeben wir uns gar nichts. Der gewählte Leiter der vereinigten Wehren

untersteht dem Baurat und hat nur im einzelnen die Ausbildung der Mannschaften wahrzunehmen. Diese Organisation hat sich in vielen Städten, auch in größeren, nach den eingezogenen Auskünften vorzüglich bewährt. Es wird nichts geändert, auch wenn ein Feuerwehrinspektor von auswärts hierher kommt. Die Erhöhung der Beiträge für die Feuerwache wird durch die veränderten Zeitverhältnisse gerechtfertigt. Wenn sich ein Feuerwehrmann die ganze Nacht auf der Wache aufhält und dafür nur 1,50 Mk. erhält, so ist dies gering bezahlt. Auch die Bezahlung der Spritzenmeister mit 4,50 Mark ist eine entsprechende Entschädigung und angemessene Forderung. Anders liegt der Fall bei der freiwilligen Feuerwehr. Deren Mitglieder erhalten nicht und fordern auch nicht eine Entschädigung. Sie halten nach der Verschmelzung nur gemeinschaftliche Übungen ab und werden dadurch kameradschaftlich näher gebracht. Auf diese Weise kommt mehr eine Geschlossenheit nach innen und nach außen zustande, Reibungen werden dadurch in Zukunft vermieden.

Stv. Bock: Danach besteht ja zwischen den Feuerwehrleuten doch ein Unterschied, in dem die einen zum Wachdienst herangezogen werden und die anderen nicht. Auf diese Weise kommt es, daß die städtische Feuerwehr stets zuerst auf der Brandstelle eintrifft. Ein etwas einheitlicheres wird durch die Verschmelzung nicht geschaffen. Dass der neue Brandinspektor dem Baurat unterstellt werden soll, verstehe ich nicht. Der Baurat ist doch ein Vater auf diesem Gebiet. Ein Fachmann wird sich diese Unterordnung nicht gefallen lassen. Wir hatten hier einen alten Feuerwehrinspektor, der unersetzlich ist. Er soll sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt haben, ich sehe aber dem Herrn keine Krankheit an. Wenn er seinen Dienst gekündigt hat, so ist dies zu verstehen: Wenn ihm bei kolossaler Kälte ein Wasserstrahl ins Gesicht fällt und seine Bitte, abtreten zu dürfen, abgeschlagen wird, so kann man sich lebhaft in seine Gefühle hineinversetzen. Unter solchen Umständen wird man auch dem neuen Brandinspektor nicht zumuten können, daß er arbeiten werde. Ich stelle den Antrag, es beim Alten zu belassen oder aber die Vorlage zurückzustellen, bis der neue Brandmeister eingestellt ist.

Oberbürgermeister Dr. Kersten: Was Herr Bock über Herrn Leipolz bemerkte, daß er unersetzlich sei, so muß ich dem doch widersprechen: Kein Mensch ist unersetzlich! Trotzdem erkenne ich an, daß sich Herr Leipolz in vieler Beziehung nützlich gemacht und Verdienste erworben hat. Alles hat aber auch sein Ende. Zunächst ist Herr Leipolz nicht unersetzlich. Für jeden Posten gibt es brauchbare Menschen; jeder kann ersetzt werden. Wenn an uns das Ersuchen gestellt wird, das alte Verhältnis wiederherzustellen, so muß ich dies mit Entschiedenheit zurückweisen. Wer soweit gegangen ist, wie Herr Leipolz, kann nicht wieder in eine solche Stellung zurückberufen werden. Wenn ein Vorgesetzter einem Untergebenen Unrecht getan hat, so gibt es für diesen Mittel und Wege, sich Genugtuung zu verschaffen. Herr Leipolz hatte das Recht und die Pflicht, bei der vorgesetzten Behörde, in diesem Falle bei mir, vorstellig zu werden und mir zu sagen: Das und das ist mir passiert; ich bitte um Remedium. Er hätte Genugtuung bekommen. Herr Leipolz hat in dieser Angelegenheit bis heute nichts getan. Er hat lediglich eine Kündigung dem Magistrat eingereicht mit der Motivierung, daß seine Gesundheit ihn nötige, von seiner Stelle zurückzutreten. Dass Herr Leipolz wegen einer Beleidigung zurückgetreten ist, kann ich nicht annehmen; denn sonst hätte uns Herr Leipolz belogen, wenn er zurückgetreten wäre, und dabei gedacht hätte: Seht zu, ob ich unentbehrlich bin, oder nicht. — Meine Herren! Die Verhandlungen haben sich in die Länge gezogen. Herr Leipolz hätte noch Gelegenheit gehabt, an die richtige Stelle heranzutreten. Es wäre wohl über die ganze Sache der Mantel der christlichen Nächstenliebe gedeckt worden; doch ist nichts von dem geschehen. Solch ein Mann in dieser verantwortlichen Stellung aber, der die Autorität so wenig achtet, kann nicht mehr den verantwortsvollen Posten übernehmen. Sie werden nicht billigen können, daß einem derartigen Antrag stattgegeben wird. Wir müssen jetzt mit anderen Verhältnissen rechnen. Es wird Ihnen eine Regelung vorgeschlagen, die etwas mehr kosten wird, den Zeitverhältnissen aber mehr entspricht. Was die Unterstellung unter eine andere Aufsicht anbelangt, speziell, daß der Feuerwehrinspektor niemandem unterstellt werden sollte, so muß auch bei uns der Feuerwehrinspektor dem Baurat unterstellt werden; anders läßt sich das nicht machen. Natürlich wird ein ganz genaues Verzeichnis seiner Befugnisse aufgestellt, damit Reibereien vermieden werden. Es wird zu diesem Zwecke eine neue Organisation ausgearbeitet.

Stadtbaudrat Bauer: Dass der Zwiespalt in den beiden Wehren durch die Wachen hervorgerufen sei, entspricht nicht den Tatsachen; da ist Herr Bock falsch unterrichtet. Durch die Wachen ist kein Zwiespalt entstanden. Kürzlich war ein städtischer Feuerwehrmann vom Wachdienst dispensiert. Die Zumutung

an die freiwillige Feuerwehr, die Nachtwache zu übernehmen, wurde von vielen Seiten mit großer Entrüstung zurückgewiesen. Die städtische Feuerwehr war immer eher zur Stelle. Die Missgunst zwischen den beiden Feuerwehren war von jeher eine große. Nachdem Redner ein Beispiel gelegentlich eines Brandes angeführt hatte, wo sich zwei Feuerwehrleute wegen der Bespannung umhergerissen hätten, schloß er: So konnte es nicht weiter gehen. Vorläufig hat man eine einheitliche Leitung erreicht. Der älteste Brandmeister hat jetzt das Kommando. Als Kommandeur kann ich der freiwilligen Wehr kein gutes Zeugnis aussstellen; die Übungen waren schlecht besucht. Jetzt werden sie besser besucht. Allerdings werden 3 Tage in der Woche an die Mitglieder angestrengte Dienststunden gestellt und es ist daher auch erklärlich, wenn sie nicht zu jeder Sache kommen.

Stv. Wendel: Ich erkläre, die Verschmelzung der beiden Wehren wäre nur ein künstliches, und äußerte sich zu beiden Vorlagen in ablehnendem Sinne; zum mindesten sollte man die Vorlagen vertagen.

Stv. Ackermann: Ich hielte die Erhöhung der Gebühren für die Feuerwache für notwendig und trat im übrigen für Vertagung des zweiten Punktes, Verschmelzung der beiden Wehren, ein.

Stadtbaudrat Gauer: Ich erklärte nochmals die Erhöhung der Gebühren für gerechtfertigt. Was die Verschmelzung der beiden Wehren anbelange, so hätten beide Wehren einen dahinzulenden einstimmigen Beschluß gefasst. Man würde beiden Wehren durch die Niederkennung der Verschmelzung wehe tun. Hierzu habe man kein Recht, sondern könnte höchstens nur von der bereits vollzogenen Tatjache Kenntnis nehmen.

Stv. Wartmann: Ich erblickte in der Verschmelzung eine Verbesserung.

Nachdem sich noch Oberbürgermeister Dr. Kersten und Stv. Ackermann für die Vorlage ausgesprochen hatten, wurde ein Antrag auf Schlüß der Debatte angenommen. — Die Vorlagen wurden sodann gegen eine kleine Minorität angenommen.

Über Verwendung für Insekten-Bekämpfung bewilligter Mittel zur

Verbesserung der Kulturen referierte Stv. Radke. Der Herr Oberförster verlangt nachträglich für Bekämpfung des Kiefernspingers, der von Schulz über die Weichsel in die städtischen Forsten gewandert sei, etwa 900 Mark. Bei dieser Gelegenheit bemängelte

Stv. Bock: Unsere Kulturen in Weizhof, die in der Tat wirklich jämmerlich aussehen. Gleichzeitig verbreite sich Redner über die Kaninchenschwemme. Es werden nicht weniger, im Gegenteil, von Jahr zu Jahr immer mehr Kaninchen, die in den Kulturen und Gärten ungeheure Schaden anrichten. Es müßten alle Mittel angewendet werden, um der Plage zu begegnen.

Oberbürgermeister Dr. Kersten: Ich betonte, daß er strenge Anordnungen getroffen habe, der Kaninchenschwemme zu Leibe zu gehen. Im vorigen Winter habe man gute Erfolge erzielt, indem man über 1200 Stück zur Strecke gebracht habe. Welche Vorteile diese Anzahl zu bedeuten habe, legte Redner zahlenmäßig dar. Wenn von diesen 1200 Stück nämlich 600 Weibchen wären, die im Laufe des Sommers je $3 \times 5 = 15$ Junge geworfen hätten, von diesen Jungen die Hälfte wiederum je $2 \times 5 = 10$ und der letzte Satz je 1×5 , dann ergäbe dies schon eine ungeheure Zahl. Doch die Kaninchen seien noch da, auch trotz des strengen Winters. Die Forstbeamten seien angewiesen, Kaninchenbaue aufzufinden und zu vernichten. Jeden Montag müsse ihm darüber Bericht erstattet werden. Er kontrolliere oft persönlich die Beamten. Doch alle Maßnahmen können die Plage nicht aus der Welt schaffen, wenn nicht auch der Militärfiskus gegen die Kaninchenschwemme energisch vorgehe. In den Wällen, deren Betreten dem Publikum untersagt ist, gedeihen die Kaninchen besonders gut. Er glaube, daß die Militärverwaltung gegen die Kaninchen nicht mit der erforderlichen Strenge und Sachkunde, wie sie es versprochen, vorgehe. Was weiter die Kulturen in Weizhof betrifft, so seien sie ja recht traurig aus. Dort walte aber ein widriges Schicksal. Die Kulturen wollen nicht wachsen. Hier stehe auch der Oberförster vor einem Rätsel. Er habe allerdings zugegeben, daß er zu großen Flächen kultiviert habe, um das Gelände schneller aufzuforsten. Immerhin ist aber schon manches nachgebessert worden. Doch sterben immer wieder größere Flächen ab. Vom nächsten Jahre ab wolle man, da mit Nadelholz nichts zu machen wäre, die Fehlstellen mit Birken, Akazien und Eschen bepflanzen. Die Birke gedeihe an den frischen Stellen besonders gut. — Der Herr Oberbürgermeister beruhigte Herrn Bock und erklärte, daß alles getan werde, um den üblen Erscheinungen auf den Grund zu gehen. Es sei bis dahin aber leider noch nicht gelungen, Wandel zu schaffen.

Trotzdem werde die Versammlung wohl nichts gegen die beantragte Nachbewilligung von 900 Mark einzuwenden haben.

Stv. Hentschel: Ich bemerkte, daß die Kaninchen nun auch Mocker heimsuchten (Zuruf aus der Versammlung: "Sind auch eingemeindet!" — Heiterkeit) und großen Schaden anrichteten. Redner beschwert sich dann, daß der Oberförster der Kaninchenschwemme durch Freitischen Schwierigkeiten in den Weg lege.

Oberbürgermeister Dr. Kersten: Ich erklärte, daß jedermann auf seinem Grundstück auf Kaninchen Jagd machen könne, mit einem Gewehr allerdings fremden Boden nicht betreten dürfe. Der Oberförster könne die Kaninchenschwemme nicht verbieten. Nachdem noch der Herr Oberbürgermeister die Erklärung abgegeben hatte, daß alles getan werde, um der Kaninchenschwemme zu begegnen, wurde die Vorlage genehmigt.

Bei der Vorlage über unentgeltliche Hergabe von Grund und Boden zum

Bau der Eisenbahn Thorn-Unislaw hielt Oberbürgermeister Dr. Kersten folgenden Erklärungsvortrag: Die Nebenbahnen vorlagen, die alljährlich im preußischen Landtag eingebracht werden, seien als erste Grundbestimmung für Nebenbahnen an, daß die beteiligten Kreise den erforderlichen Grund und Boden kostensfrei zur Verfügung stellen. Nur wenn die Leistungsfähigkeit einer Gemeinde nachgewiesen ist, werden die Kosten für den Grund und Boden auf den Staat übernommen. Im Landtag ist diese Maßregel wiederholt zur Richtlinie genommen, ob eine beantragte Bahn als Bedürfnis anerkannt wird oder ob nicht zu viel Beschrei erhoben worden ist, daß den beteiligten Interessenten wirtschaftliche Vorteile durch die neue Bahn erwachsen. Dies ist der beste Maßstab für die Beurteilung. Kommen Sie nicht zu der Überzeugung, daß die wirtschaftlichen Interessen durch die unentgeltliche Hergabe des Grund und Bodens ein Äquivalent erhalten, dann zieht der Staat den Schluss, daß die Bahn eine so wenig wirtschaftliche Bedeutung habe, daß sie zu bauen kein Bedürfnis vorliege, und der Staat die Verantwortung nicht übernimmt. Die Bahn Thorn-Unislaw ist im vorjährigen Statut aufgenommen. An dem Grund und Boden sind Thorn Stadt und Land, sowie Culm interessiert. Die Bahn führt von dem neuen Bahnhof Mocker nach Munsch, dort kommt der erste Bahnhof zu stehen, wendet sich dann an der Chaussee entlang durch unsere Forst nach Rosenberg und geht dann weiter nach Unislaw. Von uns, dem Stadtkreis Thorn, wird ein Terrain von 10 ha verlangt. Es läßt sich die Sachlage heute nicht so übersehen, daß man bestimmte Ziffern nennen kann, wiewohl die 10 ha kosten werden. Nicht um den Wert des Grund und Bodens geht es, sondern um die wirtschaftlichen Vorteile. Vorweg kann man bestimmte Angaben nicht festlegen, in der Haupthache erst beim Bau selbst. Um sparsam zu wirtschaften und bei der erheblichen Belastung des Stadtkreises, kann man eine bestimmte Summe hier nicht nennen, auch nicht den Beteiligten schon jetzt einen Fingerzeig geben, was wir anlegen müssen. Das müssen sich schon die einzelnen Mitglieder des Stadtrats entscheiden.

Auf eine Anfrage des Stv. Bock erklärte weiter der Herr Oberbürgermeister, daß die an die Eisenbahnverwaltung abzutretende Fläche 2,26 ha betrage, wovon 39 ar Eigentum der Stadt bleibent, allerdings bei beschränkter Nutzung. Das an die Stadt abzutretende Gelände hat einen Flächeninhalt von 3,52 ha.

Nachdem noch auf eine Anfrage des Stv. Ackermann Stadtrat Falkenberg be-

merkt hatte, daß der Grund und Boden des alten Bahnhofs Mocker bestehen bleibe, wurde die Vorlage bewilligt.

Kleinere Vorlagen:

Die Protokolle der monatlichen ordentlichen Kassenrevision sämtlicher städtischen Kassen am 25. April gaben zu Ausstellungen keinen Anlaß. — Für unentgeltliche Benutzung der Dillischen Badeanstalt, wofür jährlich 450 Mk. gezahlt wurden, bewilligte die Versammlung jetzt 500 Mk. — An Umgangskosten wurden dem von Wiesbaden hier angestellten städtischen Landmesser Rokoll 664 Mk. gewährt. — Gegen die Beleihung des Grundstücks Altstadt Blatt 247 in Höhe von 10 600 Mk. wurden Einwendungen nicht erhoben, desgleichen nicht gegen die Beleihung des Grundstücks Fischstraße 9 mit 15 000 Mk. — Als Beihilfe zu einer Festchrift über die St. Georgenkirche (Einen längeren Auszug hat die "Thorner Zeitung" daraus bereits in der letzten Sonntagsausgabe gebracht. Anmerkung der Redaktion.) wurden Herrn Pfarrer Heuer 85 Mk. bewilligt. (400 Mk. hat bereits das Kultusministerium bewilligt; durch freiwillige Spenden sind 50 Mark aufgebracht worden.) — Zur Ausschmückung der Straßen aus Anlaß der Anwesenheit des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, zur Einweihung der St. Georgenkirche in Thorn-Mocker am 17. Mai wurden 2000 Mk. und zwar 1500 Mk. für Ausschmückung der Straßen und 500 Mk. zur Anschaffung von Fahnen, gesondert und ohne Debatte bewilligt. Wie der Herr Oberbürgermeister bemerkte, trifft der Prinz am 17. Mai 12th Uhr mittags auf dem Hauptbahnhof Thorn ein und fährt über die Brücke durch die Wilhelmstraße, Katharinenstraße, Elisabethstraße, Breite- und Culmerstraße, Culmer Durchbruch und Graudenzerstraße zur Georgenkirche. Die Anwohner der genannten oder angrenzenden Straßen, sowie des Altstädtischen und Neustädtischen Markts werden gebeten, ihre Häuser zu schmücken. Für feierlichen Schmuck der weniger angebauten Straßen werde die Stadt Sorge tragen. Bei dieser Gelegenheit empfiehle es sich, auch das verbrauchte Fahnenmaterial zu erneuern. Nach der vollzogenen Weihe der Kirche begibt sich der Prinz auf denselben Wege, den er gekommen, nach dem Bahnhof zurück, um sofort abzureisen. An einem

den Antrag, die Angelegenheit in geheimer Sitzung weiter zu beraten.

Zum Schluss der Sitzung ging man dieserhalb zur geheimen Sitzung über, die aber, nachdem Herr Oberbürgermeister Dr. Kersten erklärt, daß er seinen in öffentlicher Sitzung gemachten Ausführungen nichts hinzuzugeben habe, wieder in eine öffentliche umgewandelt wurde. Es wurde der Magistratsantrag einstimmig angenommen, das Gelände seitens der Stadt im Stadtkreise für die Bahn Thorn-Unislaw unentgeltlich herzugeben, dagegen das Gelände im Landkreise, soweit es vom Landkreis erworben werden muß, gegen eine entsprechende Entschädigung, ebenso das geforderte Mehrgelände, das die Militärverwaltung zu beiden Seiten des Bahngeländes beansprucht, ebenfalls nur gegen Zahlung des Wertes zu überlassen.

Über einen Vertrag mit der Königl. Preuß. Eisenbahnverwaltung über Austausch von Flächen und zu Waldschutzanlagen zur Verfügung zu stellende Flächen zu der durch den Bau des neuen Bahnhofs Thorn-Mocker erforderlich werdenden Verlegung der Thorn-Marienburg-Bahn referierte

Stv. Zährer: In Frage komme Gelände von Katharinenflur beim Rennplatz. Der Preis sei gegenwärtig auf 5300 Mark festgesetzt.

Oberbürgermeister Dr. Kersten: Durch die notwendige Verlegung des Bahnhofs Mocker wird eine Strecke frei. Diese Strecke beabsichtigt die Eisenbahnverwaltung zu verkaufen. Dieser Streifen zieht sich in der Haupthache neben unserem Gelände hin, in einer Breite von 20 bis 25 Metern. Wenn dieser Streifen Landes in andere Hände käme, könnte das für uns unangenehm werden. Es ist gelungen, diese frei werdende Stelle für uns zu gewinnen, und zwar haben wir uns auf einen Austausch geeinigt, den die Eisenbahnverwaltung für die neue Trasse nötig hat. Was wir abgeben, ist nicht so groß als das, was wir vom Eisenbahnfiskus erhalten. Diese Fläche ist etwas größer als unsere, zum Teil für uns auch wertvoller, weil der neu erworbene Streifen an der Chaussee liegt. Für uns kommt bei der Weggabe nur die Unannehmlichkeit in Betracht, daß die Eisenbahn unser Terrain quer durchschneidet. Nach reiflicher Überlegung sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß diese wirtschaftliche Er schwernis durch die übrigen Vorteile aufgehoben wird. Darum haben wir es nicht erst zu einer Enteignung unseres Geländes kommen lassen.

Auf eine Anfrage des Stv. Bock erklärte weiter der Herr Oberbürgermeister, daß die an die Eisenbahnverwaltung abzutretende Fläche 2,26 ha betrage, wovon 39 ar Eigentum der Stadt bleiben, allerdings bei beschränkter Nutzung. Das an die Stadt abzutretende Gelände hat einen Flächeninhalt von 3,52 ha.

Nachdem noch auf eine Anfrage des Stv. Ackermann Stadtrat Falkenberg bemerkte hat, daß der Grund und Boden des alten Bahnhofs Mocker bestehen bleibe, wurde die Vorlage bewilligt.

Die Kleinere Vorlagen:

Die Protokolle der monatlichen ordentlichen Kassenrevision sämtlicher städtischen Kassen am 25. April gaben zu Ausstellungen keinen Anlaß. — Für unentgeltliche Benutzung der Dillischen Badeanstalt, wofür jährlich 450 Mk. gezahlt wurden, bewilligte die Versammlung jetzt 500 Mk. — An Umgangskosten wurden dem von Wiesbaden hier angestellten städtischen Landmesser Rokoll 664 Mk. gewährt. — Gegen die Beleihung des Grundstücks Altstadt Blatt 247 in Höhe von 10 600 Mk. wurden Einwendungen nicht erhoben, desgleichen nicht gegen die Beleihung des Grundstücks Fischstraße 9 mit 15 000 Mk. — Als Beihilfe zu einer Festchrift über die St. Georgenkirche (Einen längeren Auszug hat die "Thorner Zeitung" daraus bereits in der letzten Sonntagsausgabe gebracht. Anmerkung der Redaktion.) wurden Herrn Pfarrer Heuer 85 Mk. bewilligt. (400 Mk. hat bereits das Kultusministerium bewilligt; durch freiwillige Spenden sind 50 Mark aufgebracht worden.) — Zur Ausschmückung der Straßen aus Anlaß der Anwesenheit des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, zur Einweihung der St. Georgenkirche in Thorn-Mocker am 17. Mai wurden 2000 Mk. und zwar 1500 Mk. für Ausschmückung der Straßen und 500 Mk. zur Anschaffung von Fahnen, gesondert und ohne Debatte bewilligt. Wie der Herr Oberbürgermeister bemerkte, trifft der Prinz am 17. Mai 12th Uhr mittags auf dem Hauptbahnhof Thorn ein und fährt über die Brücke durch die Wilhelmstraße, Katharinenstraße, Elisabethstraße, Breite- und Culmerstraße, Culmer Durchbruch und Graudenzerstraße zur Georgenkirche. Die Anwohner der genannten oder angrenzenden Straßen, sowie des Altstädtischen und Neustädtischen Markts werden gebeten, ihre Häuser zu schmücken. Für feierlichen Schmuck der weniger angebauten Straßen werde die Stadt Sorge tragen. Bei dieser Gelegenheit empfiehle es sich, auch das verbrauchte Fahnenmaterial zu erneuern. Nach der vollzogenen Weihe der Kirche begibt sich der Prinz auf denselben Wege, den er gekommen, nach dem Bahnhof zurück, um sofort abzureisen. An einem

den Antrag, die Angelegenheit in geheimer Sitzung weiter zu beraten.

Zum Schluss der Sitzung ging man dieserhalb zur geheimen Sitzung über, die aber, nachdem Herr Oberbürgermeister Dr. Kersten erklärt, daß er seinen in öffentlicher Sitzung gemachten Ausführungen nichts hinzuzugeben habe, wieder in eine öffentliche umgewandelt wurde. Es wurde der Magistratsantrag einstimmig angenommen, das Gelände seitens der Stadt im Stadtkreise für die Bahn Thorn-Unislaw unentgeltlich herzugeben, dagegen das Gelände im Landkreise, soweit es vom Landkreis erworben werden muß, gegen eine entsprechende Entschädigung, ebenso das geforderte Mehrgelände, das die Militärverwaltung zu beiden Seiten des Bahngeländes beansprucht, ebenfalls nur gegen Zahlung des Wertes zu überlassen.

Über einen Vertrag mit der Königl. Preuß. Eisenbahnverwaltung über Austausch von Flächen und zu Waldschutzanlagen zur Verfügung zu stellende Flächen zu der durch den Bau des neuen Bahnhofs Thorn-Mocker erforderlich werdenden Verlegung der Thorn-Marienburg-Bahn referierte

Stv. Zährer: In Frage komme Gelände von Katharinenflur beim Rennplatz. Der Preis sei gegenwärtig auf 5300 Mark festgesetzt.

Oberbürgermeister Dr. Kersten: Durch die notwendige Verlegung des Bahnhofs Mocker wird eine Strecke frei. Diese Strecke beabsichtigt die Eisenbahnverwaltung zu verkaufen. Dieser Streifen zieht sich in der Haupthache neben unserem Gelände hin, in einer Breite von 20 bis 25 Metern. Wenn dieser Streifen Landes in andere Hände käme, könnte das für uns unangenehm werden. Es ist gelungen, diese frei werdende Stelle für uns zu gewinnen, und zwar haben wir uns auf einen Austausch geeinigt, den die Eisenbahnverwaltung für die neue Trasse nötig hat. Was wir abgeben, ist nicht so groß als das, was wir vom Eisenbahnfiskus erhalten. Diese Fläche ist etwas größer als unsere, zum Teil für uns auch wertvoller, weil der neu erworbene Streifen an der Chaussee liegt. Für uns kommt bei der Weggabe nur die Unannehmlichkeit in Betracht, daß die Eisenbahn unser Terrain quer durchschneidet. Nach reiflicher Überlegung sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß diese wirtschaftliche Er schwernis durch die übrigen Vorteile aufgehoben wird. Darum haben wir es nicht erst zu einer Enteignung unseres Geländes kommen lassen.

Auf eine Anfrage des Stv. Bock erklärte weiter der Herr Oberbürgermeister, daß die an die Eisenbahnverwaltung abzutretende Fläche 2,26 ha betrage, wovon 39 ar Eigentum der Stadt bleiben, allerdings bei beschränkter Nutzung. Das an die Stadt abzutretende Gelände hat einen Flächeninhalt von 3,52 ha.

Nachdem noch auf eine Anfrage des Stv. Ackermann Stadtrat Falkenberg be-

merkt hat, daß der Grund und Boden des alten Bahnhofs Mocker bestehen bleibe, wurde die Vorlage bewilligt.

Kleinere Vorlagen:

Die Protokolle der monatlichen ordentlichen Kassen

Festessen nimmt er nicht teil. — Weiter bewilligte die Versammlung einen Beitrag von 1000 Mk. für die Veranstaltung des 26. Westpreußischen Provinzial-Feuerwehrverbandstages, der in Thorn Ende Mai stattfindet.

Zu einem persönlichen Intermezzo kam es bei der Rechnungslegung der städtischen Feuersozietätskasse für das Jahr 1906 und der städtischen Steuerkasse für das Steuerjahr 1905. Nachdem der Referent, Siv. Radke, eine ganze Reihe von Zahlen, die aber durchweg, vielleicht auch wegen der im Hause herrschenden Unruhe, unverständlich geblieben waren, in rascher Reihenfolge flott heruntergelesen hatte, bemerkte

Siv. Bock, daß niemand im Saale diesen Zahlen habe folgen und sich infolgedessen auch keinen Überblick bilden können. Es sei doch die Absicht des Magistrats, der städtisch n Körperschaft einen finanziellen Überblick zu geben, und daher möchte er den Magistrat bitten, jedem Stadtverordneten verbüffältigte Rechnungsabschlüsse vorher anzustellen, damit sich jeder zu Hause an der Hand des alten Haushaltungsplanes ein Bild von der Sachlage machen könne.

Oberbürgermeister Dr. Kersten hielt dem entgegen, daß die gewünschten Bevöl-

fältigungen große Kosten verursachen würden, im übrigen werde beim Finalabschluß ein genügend klares Bild entworfen.

Siv. B. Boethke bemerkte, daß sich das Referat übersichtlicher gestalten werde, sobald sich der Herr Referent in seine Materie besser eingearbeitet haben werde.

Siv. Radke: Er möchte sich ausbitten, daß derartige Neuheiten unterbleiben. Er habe schon längere Zeit derartige Rechnungen geführt. Redner schloß: Wenn Sie's können, dann machen Sie's besser!

Siv. Boethke verwähnte sich dagegen, daß er die Fähigkeiten des Referenten habe in Zweifel ziehen wollen. Dies wäre ja auch eine Torheit.

Siv. Bock führte an, die vielen Zahlen nöthigen viel Zeit in Anspruch und belasteten nur den Referenten.

Siv. Wentscher schloß sich den Ausführungen des Vorredners an und wünschte statt einer großen Reihe von Zahlen eine kurze Kritik des Berichterstatters. An maßgebender Stelle mögen Anregungen gegeben werden, wie dem jetzt herrschenden Zustand abuhelfen sei.

Siv. Radke: Eine Rechnung enthält Zahlen, die mir vorliegende einige 100 000 von Zahlen.

Siv. B. Boethke: Der Herr Berichterstatter

ist erregt. Ich sehe nicht ein, weshalb eine große Menge dieser Zahlen nicht weggelassen werden kann.

Siv. Wolff: Der Herr Referent ist aufgelegt. Den Anregungen der Herren Bock und Wentscher kann keine Folge gegeben werden. Es könnten im Referat vielleicht nur die Abweichungen gegen den Voranschlag verlesen werden; im übrigen erfordert die Prüfung der Rechnungen große Arbeit.

Siv. Wentscher wünschte, daß die Form des Referats vereinfacht werde.

Nachdem noch Siv. Bock konstatiert hatte, daß man mit derartigen Sachen viel Zeit vertrödete, wurde Entlastung erteilt.

Schluss 6^{3/4} Uhr nachmittags.

Wagen per Tonne von 1000 Kilogramm
inländisch bunt 745 Gr. 209 Mk. bez.
inländisch rot 766 - 777 Gr. 209 - 213 Mk. bez.

Gerste per Tonne von 1000 Kilogr.
transit ohne Gewicht 129^{1/2} - 135 Mk. bez.

Mais per Tonne 100 Kilogramm
transit 109 - 108 Mk. bez.

Kleie per 100 Kilogr. Weizen 11,10 - 11,70 Mk. bez.

Roggen 12,75 - 12,90 Mk. bez.

II. Porter

BARCLAY, PERKINS & CO.

Una. org. echte Porterbier ist n. m. uns
Schänke-Märkte gesetzl. geschützten Etiquett zu haben

Vielsach nachgeahmt, als erreicht, hilft Zacherl
wahrlich Kaufwert gegen jede Insektenplage
Es ist niemals in der Dose, sondern nur in
Stäbchen zu kaufen, wo Zacherl-Platate anhängen.

In Thorn:

Anders & Co., Breitstraße 18, M. Barakiewicz,
Hugo Claas, Drog., Adolf Majer, Paul Weber.

Sicher und schmerzlos wirkt das echte Rabauer
sche Hühneraugenmittel. Fl. 60 Pg. Nur echt aus
der Kronen-Apotheke, Berlin, Friedrichstraße 106
Depot in den meisten Apotheken und Drogerien.

216. Königl. Preuß. Glassenlotterie.

5. Klasse. 5. Biehungstag. 11. Mai 1907. Vormittag. Nur die Gewinne über 240 Mk. sind in Stämmern beigef. (Ohne Gewähr. A. St.-A. f. 8.) (Radbrück verboten.)

106 (500) 299 343 866 967 123 (500) 31 321 68 (1000)
711 67 901 2 683 307 481 591 864 92 3195 (500) 393 413 93
(500) 002 45 749 812 418 (500) 214 428 502 643 740 54 61
803 59 (500) 961 (1000) 5005 239 392 (1000) 402 46 788 72
71 893 3194 376 611 730 928 62 331 (1000) 536 754 809
983 (1000) 10305 40 61 471 812 11911 12123 326 556 618 821 13516
69 892 759 971 1412 296 326 42 400 665 88 717 27 58 83
15178 446 601 54 709 55 874 (500) 981 16759 976 (3000) 17277
488 689 993 173 1006 927 19131 297 483 635

20 192 222 780 860 93 922 (500) 21034 (3000) 170 244

441 (500) 91 574 701 63 805 (1000) 66 74 91 2219 410 608

795 808 2308 135 69 (1000) 311 64 623 744 824 88 931

240 207 405 658 758 71 892 975 25153 265 (1000) 384 468

69 (500) 513 (1000) 29 884 20566 145 92 309 438 567 (500)

871 3 85 89 27027 199 595 639 743 887 28316 500

29 130 40 48 50 358 77 12 748 78 79 937

3 028 626 67 795 941 54 (500) 31056 134 263 319 566 642

718 61 32135 57 815 535 69 (500) 848 (3000) 33 401 116

479 599 (3000) 696 639 765 94 (1000) 34162 204 12 91 305 454

74 508 639 76 199 35 (3000) 928 65 3511 277 203 408 63

573 772 911 94 3 015 398 427 572 602 748 811 19 32 997

37 006 120 46 (1000) 254 78 412 540 (500) 662 805 21 29

33 817 97 383 710 864 (500) 933 (500) 39219 358 420 38 59

98 529 74 838 667 997

4 040 55 151 287 355 452 581 699 795 146 (500)

42 270 500 304 14 52 512 74 (500) 612 (1000) 31 60 74 79

10 1000 48 (500) 69 704 226 545 838 678 75 81 957

44 184 (500) 547 712 941 45 460 587 578 808 434 89 577

690 730 47 397 992 582 612 37 849 988 48 305 45 671

21 000 500 (500) 416 36 709 48 56

5 059 (500) 23 32 105 300 42 300 300 42 300 300 42 300 300

783 863 5 010 287 314 (5000) 476 555 691 (1000) 707

3000 865 (500) 52321 446 86 512 708 53208 128 450 779

808 11 5 142 273 274 77 353 404 536 (500) 891 505 324 884

528 88 798 835 521 56 373 405 40 553 889 575 438 122

1930 272 (500) 94 373 510 60 733 836 53204 33 108 90 265

457 (500) 69 511 636 992 58 403 211 336 671

6 041 (3000) 300 63 419 629 782 (500) 61028 132 44 493

521 631 849 98 582 6377 500 759 816 63 505 225 387

91 818 22 93 640 271 126 352 60 406 55 99 727 65018

63 109 14 221 (5000) 339 585 (500) 600 650 58 87 972 66 254

335 37 (500) 85 407 534 614 748 861 670 595 (500) 95 134

554 684 732 6 010 23 150 600 204 328 52 470 560 6961

70 137 42 261 557 753 59 (15 000) 849

520 294 78 456 956 673 71203 406 689 997 27024

198 278 348 407 701 895 984 46 53 732 78 419 208 74 305

429 589 942 7 550 920 (500) 312 719 22 300 21 29

181 851 931 70 727 16 5 7216 73 27 (500) 705 264 203 64

78 633 989

20 045 78 284 (3000) 444 85 572 870 231021 356 709

991 232 220 405 678 995 147 728 325 106 216 203 367 78 100 516 972

21 028 17 230 405 678 995 147 728 325 106 216 203 367 78 100 516 972

20 039 235 138 728 325 106 216 203 367 78 100 516 972

21 040 235 138 728 325 106 216 203 367 78 100 516 972

21 041 235 138 728 325 106 216 203 367 78 100 516 972

21 042 235 138 728 325 106 216 203 367 78 100 516 972

21 043 235 138 728 325 106 216 203 367 78 100 516 972

21 044 235 138 728 325 106 216 203 367 78 100 516 972

21 045 235 138 728 325 106 216 203 367 78 100 516 972

21 046 235 138 728 325 106 216 203 367 78 100 516 972

21 047 235 138 728 325 106 216 203 367 78 100 516 972

21 048 235 138 728 325 106 216 203 367 78 100 516 972

21 049 235 138 728 325 106 216 203 367 78 100 516 972

21 050 235 138 728 325 106 216 203 367 78 100 516 972

21 051 235 138 728 325 106 216 203 367 78 100 516 972

21 052 235 138 728 325 106 216 203 367 78 100 516 972

21 053 235 138 728 325 106 216 203 367 78 100 516 972

21 054 235 138 728 325 106 216

Polizeiliche Bekanntmachung.

Die durch das Gesetz vom 8. April 1874 (Reichsblatt Seite 31) vorgeschriebene Schutzpocken-Impfung wird in diesem Jahre nach folgendem Plane ausgeführt werden:

Stadtrevier bzw. Schule	Erst- bzw. Wiederimpfung	Impf - Lokal	Tag und Stunde der Impfung		Nachschau
			Impfung	Nachschau	
Bromberger- und Schulstraße	Erstimpfung	3. Gemeindeschule, Schulstraße.	24. Mai nachm. 4 Uhr	31. Mai nachm. 4 Uhr	
Wellenstraße	"	"	24. " 4½ "	31. " 4½ "	
Rest der Bromb. Vorst. u. Neu-Weißh.	"	"	24. " 5½ "	31. " 5 "	
Fischerei-Vorstadt	"	"	24. " 5½ "	31. " 5 "	
Anaben der 3. Gemeindeschule	Wiederimpfung	"	22. " vorm. 9 "	29. " vorm. 9 "	
Mädchen der 3. Gemeindeschule	"	"	22. " 9½ "	29. " 9 "	
Schule von Fräulein Wentscher	"	Höhere Mädchenschule, Gerberstraße.	22. " 10½ "	29. " 10½ "	
Kaske	"	Mädchenbürgerschule, Gerechtsir.	22. " 11 "	29. " 10½ "	
Höhere Mädchenschule	"	Preußisches Gasthaus, Tulum. Ch. 53	22. " 12½ "	29. " 11½ "	
Mädchenbürgerschule	"	Anabenmittelschule, Wilhelmsplatz	22. " nachm. 3 "	29. " nachm. 3 "	
Culmer Vorstadt	Erstimpfung	2. Gemeindeschule, Gerechtsir.	23. " vorm. 8½ "	29. " vorm. 9½ "	
sowie bisherige Kolonie Weißhof	"	Gymnasium	23. " 10 "	29. " 10 "	
Anabenmittelschule	"	1. Gemeindeschule, Bäckerstraße	23. " 11 "	29. " 11 "	
2. Gemeindeschule	Wiederimpfung	4. Gemeindeschule (Jakobs-Vorst.)	23. " mittags 12 "	29. " mittags 12 "	
Gymnasium und Realgymnasium	"	Knaben-Schule in Mocke	22. " nachm. 4 "	29. " nachm. 4 "	
1. Gemeindeschule	"	Gasthaus zum „Goldenen Löwen“	22. " 5 "	29. " 4 "	
Altstadt 1. Drittel	Erstimpfung	"	23. " 5 "	29. " 5 "	
Neustadt 1. Drittel	"	"	23. " 5½ "	29. " 5½ "	
Altstadt 2. Drittel	"	"	23. " 4 "	29. " 5½ "	
Neustadt 2. Drittel	"	"	23. " 5 "	29. " 5½ "	
Altstadt 3. Drittel	"	"	23. " 5 "	29. " 5½ "	
Neustadt 3. Drittel	"	"	1. Juni 2 "	8. Juni 3 "	
Jakobsvorstadt	"	"	1. " 2½ "	8. " 3 "	
4. Gemeindeschule	Wiederimpfung	"	10. " vorm. 10½ "	17. " 3 "	
Thorn-Mocker kathol. Schule	"	"	10. " 11½ "	17. " 3 "	
" " evangel. Schule	"	"	10. " nachm. 4 "	17. " 4 "	
" " Impfzettel Nr. 1-100	Erstimpfung	"	10. " 5 "	17. " 5 "	
" " " 101-200	"	"	10. " 6 "	17. " 5 "	
" " " 201-300	"	"	11. " 4 "	17. " 4½ "	
" " " 301-400	"	"	11. " 5 "	17. " 5½ "	
" " " 401-500	"	"	11. " 6 "	17. " 6 "	
Die übrigen und Restanten	"	"	"	"	

In allen Erstimpfungsterminen werden auch erwachsene Personen auf Wunsch kostenlos geimpft.

Indem wir diesen Plan hierdurch bekannt machen, werden gleichzeitig folgende, durch das oben erwähnte Gesetz erlassene Verordnungen zur genauesten Beachtung mitgeteilt:

§ 1. Der Impfung mit Schutzpocken soll unterzogen werden:

1. Jedes Kind vor dem Ablauf des auf sein Geburtsjahr folgenden Kalenderjahres, sofern es nicht nach ärztlichem Zeugnis die natürlichen Blätter überstanden hat.

In diesem Jahre sind also alle im Jahre 1906 geborenen Kinder zu impfen.

2. Jeder Zögling einer öffentlichen Lehranstalt oder einer Privatschule mit Ausnahme der Sonntags- und Abendschulen innerhalb des Jahres, in welchem der Zögling das 12. Lebensjahr zurückgelegt, sofern er nicht nach dem ärztlichen Zeugnis in den letzten 5 Jahren die natürlichen Blätter überstanden hat, oder mit Erfolg geimpft worden ist.

Hieran werden in diesem Jahre alle Zöglinge, welche im Jahre 1895 geboren sind, wieder geimpft.

§ 3. Der Impfzettel muss spätestens am 6., spätestens am 8. Tage nach der Impfung dem impfenden Arzt vorgelegt werden.

§ 4. Eltern, Pflegeeltern und Vormünder sind gehalten, auf amtliches Erfordernis mittelst der vorgeschriebenen Bescheinigungen den Nachweis zu führen, daß die Impfung ihrer Kinder und Pflegekinder erfolgt oder aus einem gesetzlichen Grunde unterblieben ist.

§ 5. Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, welche den nach § 12 ihnen obliegenden Nachweis zu führen unterlassen, werden mit einer Geldstrafe bis zu 20 Mk. bestraft. Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, deren Kinder und Pflegekinder ohne gesetzlichen Grund und trotz erfolgter amtlicher Aufforderung der Impfung oder der ihr folgenden Gestellung zur Revision (§ 5) entzogen geblieben sind, werden mit Geldstrafe bis zu 50 Mk. oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Diesen Vorschriften wird unsererseits nun noch folgendes hinzugefügt:

1. Der für den hiesigen Impfsbezirk gestellte Impfarzt ist der hier wohnhafte königliche Kreisarzt Dr. Steger.

2. Außer den im Jahre 1906 und 1895 (cfr. § 1 zu 1 und 2) geborenen Kindern sind auch die Kinder zur Impfung und Wiederimpfung zu stellen, welche im Jahre 1906 oder früher wegen Krankheit oder aus anderen Gründen von der Impfung und Wiederimpfung zurückgeblieben sind, falls der Nachweis der durch einen anderen Arzt erfolgten Impfung und Wiederimpfung beigebracht werden kann.

3. Von der Bestellung zur öffentlichen Impfung können außer den nach dem vorstehend mitgeteilten § 1 zu 1 und 2 von der Impfung ausgeschlossenen Kindern und Zöglingen nur noch diejenigen Kinder zurückbleiben, welche nach ärztlichem Zeugnis entweder ohne Gefahr für ihr Leben oder für ihre Gesundheit nicht geimpft werden können oder die bereits im vorigen oder in diesem Jahre von einem andern Arzt geimpft worden sind.

4. Die vorstehend erwähnten ärztlichen Zeugnisse und Nachweise müssen in jedem Falle spätestens bis zum betreffenden Impftage dem Impfarzt überreicht werden.

5. Ebenso sind diesem Arzte bis zum Impftage auch diejenigen Kinder anzuzeigen, welche von einem anderen Arzt geimpft resp. wieder geimpft werden sollen.

6. Aus einem Hause, in welchem Fälle ansteckende Krankheiten, wie Scharlach, Masern, Diphtheritis, Kroup, Keuchhusten, Flecktyphus rosenartige Entzündungen zur Impfzeit vorkommen oder die natürlichen Pocken herrschen, dürfen Kinder zum öffentlichen Termin nicht gebracht werden auch haben sich Erwachsene aus solchen Häusern von dem Impftermin fern zu halten.

7. Die Impflinge sind mit reingewaschenem Körper und reinen Kleidern zum Impftermin zu gestellen.

8. Die Bestellzettel sind zum Impfete min mitzubringen.

Thorn, den 28. März 1907.

Die Polizei-Verwaltung.

Derehrte Hausfrau!
Noch immer unerreicht
Aechte Brandt-Marken „Pfeil“ Caffee
als Caffee-Zusatz u. Caffee-Ersatz.
Brandt-Caffee, du haben in fast allen Colonialwarenhandlungen, ist nur mit ABC und Pfeilmarke.

Nettelbeck's Braunschweiger Mumme
ärztlich empfohlenes alkoholfreies
Stärkungs-, Nähr- und
Genussmittel
für Kränke, schwächliche Personen und
Kinder v. Säuglings- bis Greisenalter.
Malz-Nährpräparat.
Prospekte versend. gratis u. franko die
Braunschweiger Mumme-Braueri
H. C. F. Nettelbeck, Ges. m. b. H.
Braunschweig 0.

Kluge Frauen
verlangen das Buch: „Die Störungen der Periode“ von Dr. med. Lewis gegen Ein. von M. 1.- Prosp. grat.
P. Zieras, Kalk b. Köln a. Rh.

1500 Mark

Salzbrunner Oberbrunnen

seit 1601 medizinisch bekannte alkal. Quelle 1. Ranges. Heilkraftig bei Erkrankungen der Atmungs-, Verdauungs- und Harnorgane, bei Sicht, Zuckerkrankheit und Asthma. Niederlagen in allen Apotheken und Mineralwasser-Handlungen des In- u. Auslandes. Broschüre gratis durch Furbach & Striebold, Versand der Herzoglichen Mineralwasser, Bad Salzbrunn in Schlesien.

Franz Loch · Möbelmagazin

Telephon 328. Thorn, Gerberstraße 27 Telephon 328.

empfiehlt sein

Grosses Lager in Möbeln, Spiegeln und Polsterwaren zu mässigen Preisen.

Eigene Tepzier- und Dekorations-Werkstätte.

Preisliste u. Kostenanschläge kostenfrei.

Spargel

täglich frisch bei
I. G. Adolf und Robert Liebchen.
Größere Posten bitte vorher zu bestellen.

Casimir Walter,
Thorn-Mocker, Gereistr. 49.
Telefon 93.

find sofort zu vergeben. Von wem? sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ostseebad Leba

in Pom. Herrlicher steinfreier, breiter Strand. — Imposantes neu-erbautes Kurhaus, hoch auf der Düne gelegen.

Zwei große Landseen in unmittelbarer Nähe. Wald, Jagd, Fischerei. Auskunft durch M. Nitschke.

Haare, ausgesäumte u. ab-
geschnitten, kaufen
E. Lannoch,
Friseur Brückengasse 40.

Ein Zimmer
von sogleich zu vermieten.
Heiligegeiststraße 19.

Marienbad.

Häusliche Trink-Kuren
(auch als Vor- und Nachkuren).
Anerkannt vorzügliche Wirkung der Heilwässer und Brunnensole.

Kreuzbrunnen, Ferdinandsbrunnen.

Stärkste Glaubersalzquellen Europas.

Allgemeine Fettsucht. Fetterz und Fettleber. Störungen der Respiration und der Zirkulation infolge zunehmender Verfettung. Stauungskatarrhe aller Formen. Blutgefäße im Unterleib. Hämorrhoidalzustände. Magenleiden. Chron. Darmtrüigkeit und deren Folgeerscheinungen. Leiden der kritischen Wechselzeit der Frauen. Diabetes.

Waldquelle.

Alkalischer Mineralwasser.

Katarrhe des Rechens, des Kohlkopfes und der Atmungsorgane.

Ambrosiusbrunnen.

Stärkster reiner Mineralwasser Europas mit Q.17 doppelt kaltem saurem Eisen im Liter.

Rudolfsquelle.

Natürliches Gichtwasser.

Herrverwesendes Repräsentant ordig - alkalischer Quellen.

Gicht.

Chron. Katarrhe der Harawoge. Nieren- und Blasenstein.

Urethische Diathese.

Urethische Diathese. Reckitis und Skrofulose.

Marienbader Brunnen-Pastillen.
Säuretötend. Chro. Schleim-lösend. Chron. Katarrhe des Schleimhäute, besonders des Respiratori- onen- und Verdauungs-traktes. Sodbrunn. Magenkampf. Heiss.

Marienbader Brunnen-salz.
Magenkatarrh. Leichtes u. verstopfendes Furgativ. Stuhl-verstopfung. Verdauungs-störung. Gewichtsverlust. Magenkampf. Heiss.

Marienbader Mineralmoor
Das an wirksamen Bestandteilen u. Säuregehalt (7-8%) reichste Moor

Erhältlich in Mineralwasserhandlungen, Apotheken, Drogerien.

Künstliches Marienbader Mineralwasser und Salz ist wirkungslos.

Bei schönen e. kostenlos durch
Marienbader Mineralwasservrsendung C. Brem & Dr. W. Diell,
Marienbad (Böhmen) Nr. 172.

Fulgoral

ärztlich empfohlen, magenstärkend, appetitanregend, vollständig unschädlich.

Fulgoral hat sich nachweislich vorzüglich bewährt bei:

Magenleiden, Verdauungsstörungen, Hautleiden, Flechten, Nieren, Leber, wie Blasenstein, Hämorrhoiden, Geschwüren, skrofulösen Erscheinungen etc.

Fettleibigkeit.

Rp : Faulbaum, Sennensbl., Hauhechel, Sassafras, Guajackh., Tausendguldenkr., Minze je 10, Sasaaparill 20, Schwefels. Magnes. 100,0 Bitterkl., Schlüsselbl., Wachholder, Süßholz-Extrakt je 5,0, Zucker 50,0, Spiritus 100,0, Wein zu 1000,0.

Glänzende Dankesbriefe. Denkbar bequemste Anwendung. — Preis pro Fl. Mk., 1,50. Zu beziehen durch die Apotheken. Wo nicht erhältlich direkt durch die Fabrikanten. — Broschüre kostenlos.

Dr. A. Steiner & Schulze,
Fabrik chem. pharmazeut. Präparate.

Braunschweig

Weltausst. St. Louis 1904 Höchste Auszeichnung „Grand Prix“